



# Brief aus Berlin

Ausgabe 9, 18. März 2011

Dr. Franz Josef Jung MdB

Ihr direkt gewählter Abgeordneter für Groß-Gerau



## LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER!

Wir alle stehen unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse in Japan nach denen es kein einfaches Eintreten in die Tagesordnung geben kann. Mit Bestürzung und Anteilnahme verfolgen wir die Nachrichten über die Lage im Katastrophengebiet, die die Welt in Atem halten – auch die Menschen in unserem Land. Die geradezu apokalyptischen Bilder aus der betroffenen Region hätte sich fast niemand von uns auch nur vorstellen können, und wir wissen nicht einmal, ob das Schlimmste nun überstanden ist.

Unser Mitgefühl gilt dem japanischen Volk, das sich in diesen Tagen mit bewundernswerter Ruhe und beispielloser Disziplin den Auswirkungen der Katastrophe entgegenstemmt. Wir trauern um die Toten. Unsere Gedanken und Gebete sind bei den Verletzten, den Verwandten der Opfer und all denen, die ihr Hab und Gut verloren haben. Und wir denken in dieser Stunde auch an unsere japanischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland, die fern der Heimat noch vielfach im Ungewissen sind über das Schicksal ihrer Verwandten und Freunde im Katastrophengebiet.

Hinzu kommen die bisher so nicht vorstellbaren Reaktorunfälle. Wir hoffen sehr, dass es gelingen wird, den Austritt von Radioaktivität zu begrenzen. Die Bundesregierung hat die Hilfe Deutschlands, wo immer sie nötig ist, angeboten. Bei der Bewältigung dieser Ausnahmesituation und beim Wiederaufbau werden wir Japan unterstützen. Gerade in dem Jahr, in dem wir gemeinsam den 150. Jahrestag der deutsch-japanischen Beziehungen begehen, werden wir hier Zeichen setzen.

Vor dem Hintergrund dieses schrecklichen Unglücks fordere ich SPD und Grüne auf, ihre schrillen Töne einzustellen und die Katastrophe in Japan nicht weiter zu Wahlkampfzwecken zu instrumentalisieren. Denn das ist beschämend für unser Land und dem Ernst der Lage nicht angemessen.

Für uns in der CDU war und ist klar, dass die Kernenergie in Deutschland eine Brückentechnologie ist, die wir schnellstmöglich vor allem durch Erneuerbare Energien ersetzen wollen. Die Sicherheit der Kernkraftwerke in Deutschland und damit der Schutz der Menschen hatten und haben dabei für uns immer die höchste Priorität.

Die Sorgen vieler Menschen um Ihre Sicherheit nehmen wir sehr ernst. Dies erfordert, scheinbare Gewissheiten neu zu hinterfragen, dies leistet die Bundesregierung mit dem Moratorium. Sicherheit ist für uns nicht verhandelbar. Im Gegensatz zu Rot-Grün und dem damaligen zuständigen grünen Minister Trittin, der 2001 dem Ausstieg bis zum Ende der damals vereinbarten Laufzeiten, also über zwei Jahrzehnte, zustimmte und keine neuen Sicherheitsanforderungen stellte. Wir dagegen stärken die Sicherheit durch eine neu im Gesetz festgelegte zusätzliche Sicherheitsstufe – eine dynamische Sorgspflicht zur weiteren Vorsorge gegen Risiken. Das heißt: Immer, wenn neue Erkenntnisse über die Sicherheit entstehen, ist damit eine Pflicht zur Nachrüstung verbunden. Der Sicherheitszustand von Kernkraftwerken wird nun permanent, entsprechend dem fortschreitenden Stand von Wissenschaft und Technik, geprüft und verbessert werden. Abstriche bei der Sicherheit sind mit uns nicht zu machen!

Mit dem Energiekonzept der Koalition haben wir erstmals dargelegt, wie wir das Zeitalter der Erneuerbaren Energien und unsere Klimaschutzziele erreichen werden. Wir haben nicht nur ein Ausstiegsszenario wie Rot-Grün, sondern einen Umstiegsfahrplan, der sicherstellt, dass Energie auch auf dem Weg ins Zeitalter der Erneuerbaren Energien sauber, bezahlbar und sicher bleibt. Auch vor diesem Hintergrund fordere ich die Opposition auf, ihre „Dagegen-Haltung“ zu neuen Stromtrassen oder Pumpspeicherwerken einzustellen. Diese brauchen wir, um den Strom aus Wind- und Solarkraft weiterzuleiten oder zu speichern. Nur wer „Dafür“ ist, ermöglicht den Umstieg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien.

## POLITISCHER ASCHERMITTWOCH IN NAUHEIM

Am 9. März 2011 beging der CDU Kreisverband Groß-Gerau seinen traditionellen politischen Aschermittwoch in Nauheim. Bei seiner Rede stellte der direkt gewählte Groß-Gerauer Bundestagsabgeordnete, Dr. Franz Josef Jung, fest, dass die Unionsgeführte Bundesregierung Deutschland mit Mut zur Verantwortung aus der Krise geführt hat. „Gerade der Arbeitsmarkt zeigt sich strukturell und im Jahresvergleich stark und unbeirrt auf sehr gutem Kurs. Dieser Erfolg unterstreicht die Kernkompetenz Wirtschaft und Arbeitsplätze der Union. Mit der Sozialen Marktwirtschaft setzt man dabei auf ein Konzept, das sich bewährt hat“, betonte Dr. Jung.

„Die Wirtschaft ist deutlich gewachsen und die Neuverschuldung lag nur gut halb so hoch wie befürchtet. Allein Hessen hat mit den Konjunkturprogrammen zur Überwindung der Krise 1,7 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, die durch ergänzende Investitionen zu 3,4 Milliarden angewachsen sind. Keine Gemeinde und kein Kreis in Hessen, hat von diesem außergewöhnlich erfolgreichen Programm nicht profitiert. Mehr als 80 Prozent dieses Geldes sind bei heimischen Betrieben angekommen“ so Dr. Jung weiter. „Die SPD ist aber die Partei von gestern, mit den Konzepten von gestern und will sogar zurück hinter die Beschlüsse aus ihrer eigenen Regierungszeit. Benachteiligt werden sollen die Leistungsträger in unserem Land, die jeden Morgen aufstehen und zur Arbeit gehen und den Wohlstand aller erwirtschaften. Wenn jemand arbeitet, muss er mehr Geld zur Verfügung haben, als wenn er nicht arbeitet“, so Dr. Jung abschließend.



### DIE WOCHE IM PARLAMENT:

Mit dem in erster Lesung zur Beratung anstehenden Siebten Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes wird eine Ermächtigungsgrundlage für eine spezielle Fahrberechtigung für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, des Rettungsdienstes, des Technischen Hilfswerkes und des Katastrophenschutzes zum Führen von Einsatzfahrzeugen bis zu einer zulässigen Gesamtmasse von 4,75t bzw. 7,5t auf Grundlage einer spezifischen Ausbildung und Prüfung geschaffen.

„Damit erleichtern wir die Arbeit der freiwilligen Helfer in den Kommunen erheblich und tragen mit dazu bei, dass sie ihren wichtigen Dienst an der Gesellschaft ausüben können“ so der Groß-Gerauer Bundestagsabgeordnete Dr. Franz Josef Jung.

### IMPRESSUM

Verantwortlich i.S.d.P. für diesen Newsletter:

**Dr. Franz Josef Jung MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-75447

Fax: 030 / 227-76447

e-mail: [franz-josef.jung@bundestag.de](mailto:franz-josef.jung@bundestag.de)

Internet: [www.franz-josef-jung.de](http://www.franz-josef-jung.de)

### KOMMUNALWAHL IN HESSEN

Grundlegend für eine erfolgreiche Kommunalpolitik sind solide Finanzen. Die kommunale Finanzsituation hat sich aber unter Rot-Grün in den letzten Jahren im Kreis Groß-Gerau erheblich verschlechtert. Trotz wegbrechender Steuereinnahmen und explodierender Ausgaben für Transferleistungen werden im Landkreis Ausgaben getätigt, die die Verschuldung weiter in die Höhe treiben.

Dieser Entwicklung will die CDU entschlossen entgegenwirken. Maßnahmen wären z.B. die Verschlinkung der hauptamtlichen Kreisspitze. Weiterhin sollte die Kreisumlage langfristig reduziert werden, damit die Kommunen wieder politische Spielräume zum Gestalten für notwendige Investitionen haben.

Zudem hält die CDU eine Reform der Kreisverwaltung für geboten. Die Verwaltung muss sich in Zukunft Umstrukturierungsmaßnahmen stellen, damit Verwaltungsaufgaben effizienter und einfacher gelöst werden. Ein weiterer Aspekt der Reform sollte eine verstärkte Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Kommunen sein, um darüber hinaus Möglichkeiten auszuschöpfen, um mit den Nachbarkreisen und Städten gemeinsam Aufgaben zu erledigen.

Leiten lassen wollen wir uns bei der Reform davon, dass die Verwaltung ein Dienstleistungsbetrieb für unsere Bürgerinnen und Bürger ist!

### DER EURO BLEIBT STABIL UND EINE DER LEITWÄHRUNGEN DER WELT!

Die geplante Einrichtung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) vervollständigt den neuen Rahmen verstärkter Haushaltsdisziplin und finanz- und wirtschaftspolitischer Koordinierung bei gleichzeitiger Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Ziel dieser Koordinierung ist es, sicherzustellen, dass die Wahrscheinlichkeit künftiger Krisen deutlich verringert wird.

Für uns ist dabei klar, dass dies nur mit der Stärkung des von Rot-Grün aufgeweichten Stabilitäts- und Wachstumspakts, der Wahrung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, der Notwendigkeit, dass in etwaigen künftigen Krisenfällen die betroffenen Staaten zunächst selbst alle notwendigen Maßnahmen ergreifen und die Gläubiger in allen Phasen beteiligt werden sowie der Entwicklung von Restrukturierungsregeln für Staaten der Eurozone unter Einbeziehung der Gläubiger möglich ist

Dabei soll der neue Mechanismus nur im äußersten Fall aktiviert werden können; wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität der Eurozone als Ganzes zu wahren (ultima ratio). Dabei darf die gemeinschaftliche Haftung nicht ausgeweitet werden – einen „Länderfinanzausgleich“ auf EU-Ebene lehnen wir ab.